



Rülke und Weinmann: Kinder und Jugendliche müssen vor Extremismus im Netz besser geschützt werden

Die Freien Demokraten diskutierten mit Schülern, Eltern, Pädagogen sowie ausgewiesenen Experten über extremistische Ideologien im Netz – es braucht mehr Prävention, bessere Medienbildung und ein Gesamtkonzept zur digitalen Bildung.

In der Veranstaltung der FDP/DVP-Fraktion am Donnerstagabend im Landtag mit dem Titel 'Zwischen Posts und Propaganda – Gegen Hetze im Netz' mit knapp 90 Teilnehmern äußerten sich der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP-Landtagsfraktion, **Dr. Hans-Ulrich Rülke** sowie der Sprecher für Medien und Rechtspolitik, **Nico Weinmann**, wie folgt:

Dr. Hans-Ulrich Rülke:

„Die rege Teilnahme von Schülern, Eltern, Lehrkräften, Pädagogen und verschiedenen Experten an unserer Veranstaltung zeigt deutlich, welche Bedeutung dem Thema Extremismus auf Sozialen Medien zukommt. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind in den Sozialen Medien zunehmend extremistischen Einflüssen und Ideologien ausgesetzt, die oft als lustige Clips oder als vermeintliche Nachrichten getarnt sind. Die Methoden sind vielfältig und für Außenstehende oft nicht sofort erkennbar. Doch mit diesen Gefahren dürfen wir unsere Kinder und Jugendlichen nicht allein lassen.

Uns Freien Demokraten ist es nicht nur gelungen, mit ausgewiesenen Experten die vielfältigen Methoden und Strategien von Extremisten offenzulegen und die anwesenden Schüler, Eltern und Lehrkräfte zu sensibilisieren, sondern wir haben gemeinsam mit allen Teilnehmern konkrete Vorschläge gegen Hetze im Netz diskutiert. Unsere Veranstaltung war ein voller Erfolg. Hieran sollte sich die grün-geführte Landesregierung ein Beispiel nehmen und die medialen und digitalen Kompetenzen unserer Jugend nicht länger vernachlässigen.“

Nico Weinmann:

„Allein zwischen 2022 und 2023 hat sich die Anzahl politischer motivierter Straftaten in den Sozialen



Medien verüffacht. Antisemitische Verschwörungserzählungen, offene Boykott-Aufrufe, islamistische Propaganda und rechtsextremistische Verzerrungen historischer Tatsachen – Hetze, Populismus und Extremismus im Netz haben viele verschiedene Facetten. Gemein ist ihnen die Tatsache, dass die extremistischen Inhalte für Kinder und Jugendliche oft erst auf den zweiten und dritten Blick erkenntlich sind und gemeldete und gelöschte Inhalte häufig unter einem neuen Account wiederauftauchen. Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass unsere Jugend besser im Erkennen extremistischer Ideologien und deren Methoden geschult werden muss.

Wir brauchen eine effektive Aufklärung von Schülern, Lehrern und Eltern. Auch über Hobbys wie Games, Kampfsport oder Musik können extremistische Inhalte vermeintlich harmlos, aber durchaus manipulativ verpackt werden. Hier muss verstärkt Präventionsarbeit betrieben werden, um die noch leicht beeinflussbaren Kinder und Jugendlichen aufzuklären und zu schützen.

Zudem besteht die Gefahr, dass Fake News und extremistische Inhalte durch KI-generierte Inhalte und manipulative Algorithmen verstärkt werden. Der Umgang mit den vielfältigen Möglichkeiten, aber auch den Gefahren Künstlicher Intelligenz, muss gründlich gelernt werden. Daher braucht es an unseren Schulen nicht nur eine Stärkung der Medienbildung, alle Schülerinnen und Schüler müssen auch die Chance haben, sich im schulischen Umfeld mit KI-Tools zu beschäftigen und den Umgang zu erlernen. Doch statt innovativ zu handeln, hängt Baden-Württemberg bei der digitalen Bildung hinterher. Dies zeigt sich auch an den Ergebnissen der ICILS-Studie: Statt mehr digitale Kompetenzen haben die Achtklässler weniger digitale Kompetenzen als noch vor zehn Jahren. Zudem hat der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit lediglich rudimentären Kenntnissen mit einem Wert von 40 Prozent noch einmal zugenommen. Die Landesregierung muss diese alarmierenden Ergebnisse dringend ernst nehmen und endlich ein Gesamtkonzept für die digitale Bildung vorlegen. Wir dürfen die Kinder und Jugendlichen mit diesen Gefahren nicht auf sich allein gestellt lassen.“